

Rede Georg Deventer - Karfreitag 3. April 2026 am Mahnmal Bittermark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Alexander Kalouti, lieber Herr Bürgermeister Norbert Schilff, sehr geehrte Frau Nicole Godard, lieber Dr. Markus Günnewig, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

wir gedenken heute der etwa 280 Menschen, die in den letzten Kriegswochen in etwa 20 Mordaktionen ab Ende Februar bis zum 12. April 1945 auf grausame Weise ermordet wurden: auf einem Eisenbahngelände zwischen Hörde und Berghofen, im Rombergpark und hier in den Wäldern der Bittermark.

Die Männer und Frauen wurden aus dem Hörder Gestapokeller und der Steinwache verschleppt, um sie anschließend hinzurichten.

Der überwiegende Teil von ihnen waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wie auch Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion, dann aus Polen, Jugoslawien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Aber auch deutsche Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger waren unter ihnen.

Obwohl diese Ereignisse inzwischen 81 Jahre zurückliegen, haben sie nichts von ihrem Schrecken verloren. Noch immer machen uns die menschenverachtenden Taten fassungslos.

Leider wurde keiner der damaligen Täter wegen Mordes oder Beihilfe zum Mord verurteilt. Sie wurden überwiegend freigesprochen. Das war 1952 ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen. Es ist heute noch beschämend.

Für Antifaschisten aller Generationen bringt die heutige Zeit große Herausforderungen mit sich. Wir wehren uns gegen die Versuche, die Erinnerung aus politischen Gründen zu verdrängen und zu verfälschen.

Die AfD ist gefährlicher denn je. Und in den Parlamenten sitzen die Verfassungsfeinde im Schutz der Parlamente und genießen die dortigen Privilegien.

Sie sind zwar demokratisch gewählt, aber selbst nicht demokratisch. Sie nutzen die Demokratie, um sie auszuhöhlen und ihr maximal zu schaden. So fordert zu Recht der Kolumnist der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl einen Verbotsantrag ernsthaft zu prüfen und dann auch entschieden zu stellen.

Wenn die Demokraten sich jetzt nicht einsetzen, machten sie sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.

Und ich bin froh, dass sich große Teile unserer Zivilgesellschaft dafür einsetzen, dass Verbotsverfahren zu prüfen.

Auch 81 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges gilt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Rechte Ideologien fördern Feindbilder, Konfrontation und Krieg. Im Inneren schüren sie Hass und Gewalt.

Deshalb müssen wir den menschenfeindlichen Umtrieben der AfD, der NPD-Partei Die Heimat, den Rechten, den Identitären, und Reichsbürgern entgegentreten.

Wirtschafts- und Regierungskrisen, Krieg in Europa, die Klimakrise, Millionen Menschen auf der Flucht. Und im Land die Sorge, in persönliche prekäre wirtschaftliche Lage zu geraten, oder die Sorge vor Altersarmut oder die Sorge vor einer instabilen inneren Sicherheit.

Es gibt wohl Anlass genug, pessimistisch zu sein. Der Wandel bringt Ängste mit sich.

So gehen immer mehr Menschen den Parolen der Rechtspopulisten und Rechten auf den Leim.

Die neue sog. Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Uni Bielefeld zeigt, dass antidemokratische Einstellungen, eine Abwertung von Minderheiten und rechtsextreme Positionen in Deutschland weit verbreitet sind.

So würde mehr als jede und jeder Siebte Verhältnisse wie in einer Diktatur in Deutschland befürworten.

Bei der repräsentativen Umfrage von Mai bis Juli letzten Jahres wurden insgesamt über 2.000 vollständige Interviews mit 18-94jährigen durchgeführt.

Zustimmung fand bei fast einem Viertel der Befragten der Satz: „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“

30 % finden dies teils/teils. 15 % bejahen voll oder überwiegend: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“.

Ein Viertel findet: Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.

Und ein klar rechtsextremes Weltbild teilen laut der Studie 3,3 %.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen hinterfragen, warum trotz einer umfassenden Erinnerungs- und Gedenkkultur in unserer Stadt die Rechtspopulisten Erfolge feiern und rechtsextremistische und antisemitische Straftaten zugenommen haben und auch oft nur unzureichend aufgeklärt werden.

Wir brauchen eine neue Praxis, die die Gegenwart so gestaltet, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Der Historiker Wolfgang Benz machte bei einer Veranstaltung im Rathaus im letzten Herbst beim Djelem Djelem Festival der Sinti und Roma deutlich, dass Erinnerungskultur nicht zur bloßen Routine verkommen darf.

Sie müsse kontinuierlich hinterfragt werden, lebendig vermittelt und in aktuelle gesellschaftliche Kontexte eingebettet werden.

Besonders in der Zeit, in der die Zeitzeugen zunehmend verstummen, sei es Aufgabe der jungen Generation, Verantwortung für das kollektive Gedächtnis zu übernehmen.

Erinnerung brauche Wissen und dürfe nicht auf diffuse Gefühle reduziert werden.

Erinnerung ist ein Auftrag an die Zukunft, nicht nur der Blick zurück. Es geht nicht um das Verharren in Schuld, sondern um das Bewußtsein für historische Verantwortung.

Deshalb sei auch jeder Mensch mit deutscher Staatsangehörigkeit – ob seit Geburt oder erst kürzlich eingebürgert – in der Pflicht, sich der Erinnerung zum Beispiel an den Holocaust zu stellen. Dieses quasi als eine Ewigkeitsaufgabe, denn der Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus sei in der Menschheitsgeschichte einmalig.

Wichtig ist ein generationen- und kulturübergreifender Dialog in unserer diversen Gesellschaft wie auch die Erinnerung nicht spalten darf, sondern verbinden soll.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

das Denkmal hier in der Bittermark wurde 1960 errichtet und wird seitdem gehegt und gepflegt. Ganz im Gegensatz dazu ist das zentrale Mahnmal zur Zwangsarbeit auf der Kulturinsel des Phoenix-See in einem unwürdigen Zustand.

Textelemente sind vergilbt, ein zentrales Textelement fehlt gänzlich, die Beleuchtung ist teilweise defekt und Plexiglas zersplittert.

Wir erwarten hier von den Verantwortlichen in der Verwaltung und bei der Betreibergesellschaft, dieses Mahnmal zur Zwangsarbeit wieder in einen würdigen Zustand zu bringen.

Gleichzeitig erwarten wir, dass an der Westfalahalle ein Gedenkort geschaffen wird, der an das Stammlager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter von 1939 bis 1945 erinnert, an das Stammlager, in dem etwa 77.000 Menschen interniert waren und viele nicht überlebt haben.

In der 100jährigen Geschichte der Westfalahalle ist diese Zeit das unrühmlichste Kapitel und darf nicht ausgeklammert werden. Unseres Erachtens reicht der vorhandene Gedenkstein nicht aus, um der schrecklichen Dimension dieses Lagers gerecht zu werden. Zukunft braucht Erinnerung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele von Ihnen, von Euch kommen schon seit vielen Jahren an den Karfreitagen zu diesem Mahnmal.

Sie alle bezeugen durch Ihre Anwesenheit das Eintreten gegen das Vergessen und Ihre Empathie zu den Opfern.

Und wie ich im letzten Jahr schon bat: Bringen Sie nächstes Jahr wieder jemanden mit, der vielleicht erstmals den Weg der Erinnerung zu diesem Mahnmal findet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.